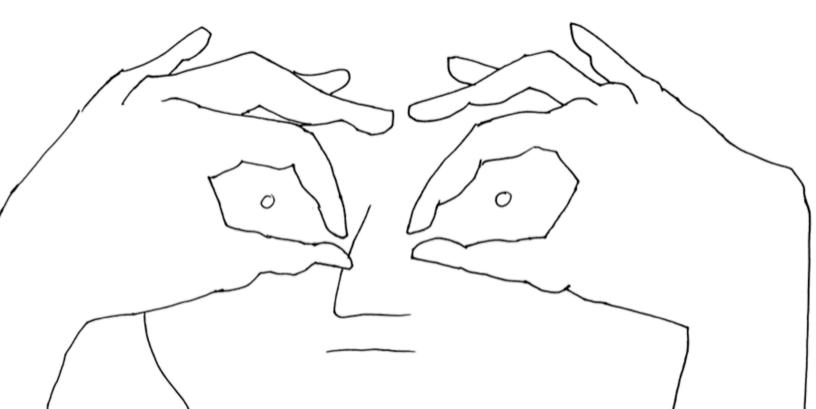
TYPOLOGIE

DAS IST EIN ARBEITSBLATT AUS DER SERIE RIESENARBEITSBLÄTTER DER JOHN-DEWEY-FORSCHUNGSSTELLE FÜR DIE DIDAKTIK DER DEMOKRATIE

FÜR WEN MACHEN WIR POLITISCHE BILDUNG?

WER BEGEGNET UNS?



WELCHEN LEITBILDERN FOLGEN WIR?

	I	<u> </u>	<u> </u>			I	T
BÜRGER:INNEN ALS WÄHLER:INNEN	AUTORITÄT∫- HÖRIGE BÜRGER:INNEN	MÜNDIGE BÜRGER:INNEN	DEMOKRATIE- KOMPETENTE BÜRGER:INNEN	INFORMIERTE INTERESSIERTE BÜRGER:INNEN	BÜRGER:IN ALS SOUVERÄN:IN	PASSIV BÜRGER:IN	MUTIGE BÜRGER:INNEN
Um was geht es uns in der politischen Bildung? Geht es uns beispielsweise hauptsächlich darum, Menschen zu motivieren, an Wahlen teilzunehmen? Dann haben wir die Bürger:innen im Kern als Wähler:innen im Blick. Aber reicht das?	Autoritätshörigkeit klingt schon schlimm. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass politische Bildung zuweilen auch darauf gerichtet ist, für Ruhe und Frieden zu sorgen. Oder wollen wir etwa nicht, dass Bürger:innen Gesetze kennen und auch bereit sind, diese einzuhalten? Die Frage ist, welchen Stellenwert hat diese Perspektive in Bildungsprozessen?	Mündig sein heißt, für sich selbst sprechen zu können. Mündigkeit ist spätestens seit den 1970er Jahren (in Westdeutschland) die Leitvokabel der politischen Bildung. Aber was ist damit tatsächlich gemeint? Hinter der Konsensformel Mündigkeit verbergen sich nicht selten ziemlich unterschiedliche Vorstellungen. Welche sind das?	Politische Bildung in der Demokratie ist auf demokratiekompetente Bürger:innen gerichtet. Sie sollen in der Lage sein, sich in demokratischen Gemeinwesen zurechtzufinden und für eigene Interessen (gewaltfrei) einzusetzen. Aber wie genau lassen sich Demokratiekompetenzen beschreiben?	Lange Zeit schien Desinteresse das größte Problem politischer Bildung zu sein. Im Umkehrschluss wurde die informierte/interessierte Bürger:in zur Leitfigur vieler Bildungsprozesse. Die Frage ist nur, wie lässt sich Interesse fördern?	Demokratie bedeutet Volksherrschaft: Die Bürgerinnen und Bürger als Souverän üben die politische Macht aus. Sollen daher alle politisch handeln? Folgt daraus, dass die politische Bildung die Aufgabe hat, alle Bürgerinnen und Bürger zum politischen Handeln zu befähigen – und sie auch dazu zu bewegen? Diese Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten.	Die Passiv-Bürger:in ist die Schattenfigur der Aktiv-Bürger:in - nur dass nicht so viel über sie gesprochen wird. Aber wenn wir in der politischen Bildung auf die Aktivbürger:in hin arbeiten – dann gehen wir wohl von der Passiv- Bürger:in aus – oder etwa nicht?	Von Bürger:innen wird viel verlangt. Wer sich die Reden div. Bundespräsidenten anhört, wird feststellen, dass diese den Bürger:innen immer wieder gerne raten, sich Rechtsextremen in den Weg zu stellen. Das ist ja nicht gerade einfach. Aber immerhin: Hier wird sichtbar, dass manche sich die Bürger:innen als wahrhaft mutige Menschen vorstellen.
GEMEINWOHL- INTERRESSIERTE BÜRGER:IN	BÜRGER:IN ALS PUBLIKUM	BÜRGER:IN ALS ADRESSAT:IN	BÜRGER:IN ALS KRITIKER:IN	FREIE AUTONOME BÜRGER:IN	GROSSBÜRGER:IN BOURGEOISIE	WEHRHAFTE BÜRGER:INNEN	ÄNG∫TLICHE BÜRGER:IN
Die gemeinwohlorientierte Bürger:in setzt sich für andere ein. Das ist wichtig, denn der Staat kann nicht alles machen. Deshalb wird diese Bürger:in auch immer wieder angesprochen, wenn ordnungspolitisches Handeln zu langsam erscheint. Sie wird es schon richten.	Die Talkshow ist die neue Agenda der Politik im Medienzeitalter. Hier streiten sich Politiker:innen öffentlich. Die Bürger:innen schauen zu. Kein Wunder, dass sich in politischen Reden nicht selten die Figur der Bürger:in als Publikum wiederentdecken lässt.	Wer ist Subjekt, wer Objekt in der Politik? Wer redet, wer hört zu? Wer ist Sender:in und wer Adressat:in? Das ist gar nicht so leicht zu sagen.	Aus der Perspektive von Amtsträger:innen wirken Bürger:innen nicht selten wie Kritiker:innen, die jeden Schritt und jede Entscheidung kritisieren. Eine Gesellschaft von Bundestrainer:innen, Virolog:innen oder eben potenziellen Bundeskanzler:innen. Das nervt. Aber ist es nicht ein Stück weit die Aufgabe politischer Bildung, auch Misstrauen zu fördern?	Zur Mündigkeit gehört Selbstbestimmung und Autonomie – oder etwa nicht? Wie stellen wir uns freie, gleiche Bürger:innen vor? Als autonome Subjekte und wie ist das im Plural zu denken? Die Autonomie ist irgendwie in die Jahre gekommen. Zeit noch einmal über sie nachzudenken.	Großbürgertum oder Bourgeoisie war im allgemeinen eine Bezeichnung für das wohlhabende Bürgertum und wurde als Gegenbegriff zum Citoyen verwendet. Im Marxismus steht die Bezeichnung für die herrschenden sozialen Klasse, die dem Proletariats gegenübersteht und die über die Produktionsmittel und damit die Möglichkeit zur Ausbeutung Anderer verfügt.	Das Konzept der wehrhaften Demokratie reaktualisiert sich gerade. Aber braucht eine wehrhafte Demokratie auch wehrhafte Bürger:innen und gegen wen oder was wehren sich diese?	"Wir müssen die Ängste ernst nehmen." Das war ein gern wiederholter Satz nach dem Erstarken migrationsfeindlicher Kräfte in Deutschland. Die Frage ist, welche Ängste, wer, zu welcher Zeit, von wem ernst nehmen muss. Wie ist das mit der Klimakrise, dem Turbokapitalismus oder der Menschenfeindlichkeit?
KLEIN- BÜRGER:IN	BRAVE RUHIGE BÜRGER:IN	NORMALE BÜRGER:INNEN	AKTIVE BÜRGER:INNEN	DESINTERESSIERTI BÜRGER:IN	E FREIE Bürger:Innen	ORGANISIERTE BÜRGER:INNEN	WIRTSCHAFTS- BÜRGER:INNEN
Kleinbürger:innen waren ursprünglich jene Angehörigen des Bürgertums, die dessen unterster Schicht angehörten, wie Handwerker:innen, kleine Kaufleute, Volksschullehrer:innen u. ä. Sie hatten wenig gesellschaftlichen Einfluss und waren auch eher obrigkeitshörig und regeltreu. Aufbegehren ist in jedem Fall nicht so das Ding der Kleinbürger:in.	Brave ruhige Bürger:innen. Das klingt nach Gartenzwergen. Aber wenn wir ehrlich sind, funktioniert keine Demokratie, wenn sich ständig alle aufregen und mit Megaphonen bewaffnet auf die Straße gehen. Vielleicht wollen wir doch ein paar von diesen braven Ruhigen?	Mit dem Begriff der "normalen Bürger" hat Bernhard Sutor in der Debatte um die Frage, welche Bürgerleitbilder wir in der politischen Bildung verfolgen sollten, zu betonen versucht, dass wir die Ziele nicht zu hoch stecken sollten. Nicht jede:r strebt ein politisches Amt an. Politische Bildung ist für alle Menschen.	Auf welches Ziel sollte politische Bildung gerichtet sein. Welche Bürger:innen wollen wir fördern? Warum sollten wir unsere Ziele nicht hoch stecken und selbstbewusst formulieren? Wir wollen zukünftige Aktivbürger:innen bilden. Menschen, die sich einmischen und auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.	Die desinteressierte Bürger:in ist kein Leitbild der politischen Bildung. Aber sie ist häufig ein Ausgangspunkt. Politische Bildung zielt dann darauf, Interesse zu wecken, Menschen für politische Fragen zu begeistern oder sie mindestens als interessierte Zuschauer:innen zu gewinnen.	Freie Bürger:innen klingt komisch – gerade weil es regionale Kleinstparteien gibt, die diesen Titel tragen. Aber in der französischen Bezeichnung "Citoyen" ist die Freiheit tief mit dem Geist der Aufklärung und einer ordentlichen Portion Gemeinsinn verbunden. Die Gegenfigur ist übrigens die der Bourgeoisie.	Bürger:innen stellt man sich als Einzelfiguren vor. Dabei ist es wichtig, dass sie sich organisieren und ihre Interessen in Gruppen vertreten. Die Fähigkeit sich zusammenzuschließen und gemeinsam zu handeln, ist sicherlich eine der wertvollsten Kompetenzen in der Demokratie.	Die Wirtschaftsbürger:in hält den Laden am Laufen. So ist zumindest ihr Selbstverständnis. Im Profil ähnelt sie der Großbürger:in. Sie muss aber nicht zwangsläufig eine große Unternehmer:in sein. Schließlich ist sie auch als Steuerzahler:in für das Gemeinwesen wichtig.
UNBEKANNTE BÜRGER:IN	EGOISTISCHE BÜRGER:INNEN	BILDUNGS- BÜRGER:INNEN	WUT- BÜRGER:IN	VERDROSSENE BÜRGER:IN	AKTIVISTISCHE BÜRGER:IN	EMANZIPIERTE BÜRGER:IN	BÜRGER:IN AL∫ (BE)RATER:INNEN
Die Bürger:in das rätselhafte Wesen. Zuweilen entsteht der Eindruck als wären die Bürger:innen unberechenbar. Man weiß nicht so recht, was sie wählen und warum. Sie äußern sich widersprüchlich und haben unrealistische Erwartungen an die Politik. Wahrscheinlich gibt es aus diesem Grund auch das (scherzhaft gemeinte) Wörterbuch: Bürger – Politik I Politik – Bürger.	Was sollen die angehenden Bürger:innen lernen? Gemeinsinn steht da ganz hoch im Kurs. Offenbar werden Menschen nicht gemeinsinnig geboren, sondern müssen das im Rahmen politischer Bildung erst lernen. Die Frage ist allerdings auch hier, wie sich das am besten lernen lässt.	Der Begriff der Bildungsbürger:in ist etwas in die Jahre gekommen, aber in der Debatte um Bürgertugenden nicht ganz unwichtig. Denn mit diesem Begriff wurden über lange Zeit die Bürger:innen beschrieben, die humanistische Bildung sowie hohes Engagement in Staat und Gemeinwesen für sehr wichtig erachteten und pflegten. Das europäische Bildungsbürgertum entstand Mitte des 18. Jahrhunderts vor allem unter evangelischen Pfarrern, Professoren, Ärzten, reichen Kaufleuten und leitenden Beamten – die gibt es immerhin immer noch.	Der Begriff "Wutbürger":in ist infolge des Protestgeschehens rund um den Stuttgarter Hauptbahnhof entstanden. Später wurde der Begriff auch auf die Pegida-Bewegung angewandt. Ob der Begriff auf beide Proteste anwendbar oder überhaupt angemessen ist, ist ziemlich strittig. In jedem Fall sind wütende Bürger:innen für die politische Bildung eine Herausforderung.	Lange Zeit schien Politikverdrossenheit das größte Problem politischer Bildung zu sein. Im Umkehrschluss wurde die informierte bzw. interessierte Bürger:in zur Leitfigur vieler Bildungsprozesse. Die Frage ist nur, wie lässt sich Interesse fördern?	Aktivist:innen braucht das Land! Oder etwa nicht? Was, wenn alle aktivistisch werden? Und was ist mit Aktivismus gemeint? Sollte er sich auf bestimmte Ziele oder auch gegen bestimmte Zustände richten, z. B. für die Umwelt, Bürger:innenrechte, aber gegen Sexismus und Rassismus?	Emanzipation als Ziel politischer Bildung stand lange hoch im Kurs. Heute benutzen wir zumeist das Wort "Mündigkeit". Aber vielleicht gibt es da doch nochmal einen Unterschied?	Bürger:innenräte sind stark im Kommen. Sie sollen – neben den gewählten Parlamentarier:innen zur Meinungsbildung und Überwindung von Polarisierung beitragen. Aber was machen die Bürger:innen in diesen Räten? Dürfen sie tatsächlich mitentscheiden oder sind sie eher als Beratungsgremien gedacht?
STAATS- BÜRGER:IN	NEU- BÜRGER:IN	BÜRGER:INNEN ALS RECHTE- INHABER:INNEN	BÜRGER:INNEN ALS AMTS- INHABER:INNEN	BÜRGER:IN IN UNIFORM	BÜRGER:IN AL∫ ∫TEUERZAHLER:IN	BÜRGER:IN AL∫ FREIDENKER:IN KÜN∫TLERIN (BOHEME)	BÜRGER:IN ALS FÜRSORGE- EMPFÄNGER:INNEN
Zuweilen lohnt sich ein genauer Blick. Von wem ist eigentlich die Rede, wenn wir von Bürger:innen sprechen? Geht es um Staatsbürger:innen, oder um alle?	Zuweilen lohnt sich ein genauer Blick. Von wem ist eigentlich die Rede, wenn wir von Bürger:innen sprechen? Geht es um Staatsbürger:innen, oder um alle? Brauchen Neubürger:innen andere Angebote? Welche – und warum?	Insbesondere in Konfliktlagen kommen die Bürger:innen als Rechteinhaber:innen in den Blick. Warum und wie lange dürfen Grundrechte eingeschränkt werden? Wer schützt diese Rechte und wer weiß um ihre Grenzen?	In einer repräsentativen Demokratie können Bürger:innen repräsentative Vertreter:innen bestimmen. Wer ist bereit, ein solches Amt zu übernehmen, und welche Bedeutung hat politische Bildung in diesem Zusammenhang?	Im Ausdruck "Staatsbürger:in in Uniform" (umgangssprachlich "Bürger in Uniform") spiegelt sich das Leitbild der Inneren Führung der Bundeswehr. Es bezieht sich unmittelbar auf politische Bildung, denn es gestattet Soldat:innen u. a. politische Beteiligung und fordert zu ethischer und politischer Bildung auf.	Die Bürger:innen zahlen Steuern und die Politiker:innen geben das so gewonnenen Geld wieder aus. Das ist ein ziemlich einfaches und gleichzeitig auch völlig unzutreffendes Bild des Gemeinwesens. Aber die ein oder andere Äußerung an Stammtischen oder politischer Sonntagsreden zeigt, dieses Bild ist recht verbreitetet.	Wir denken über Bürger:innen gerne in Kategorien wie aktiv, passiv; interessiert, nicht interessiert; oder gemeinsinnig vs. egoistisch. Dabei gibt es viele weitere Kategorien, die für eine Gesellschaft relevant sind. In der französischen Sprache bspw. gibt es neben den Bürger:innen als "Citoyens" oder "Bourgeois" die Bürger:innen der Bohème. Während jene vor allem wirtschaften oder sich engagieren, malen diese die Welt bunt an.	Politische Partizipation hat bestimmte soziale Voraussetzungen. Das wird oft übersehen – so auch in der Debatte um Bürger:innen-Leitbilder. Verschiedene Bevölkerungsgruppen haben nämlich unterschiedliche zeitliche und finanzielle Möglichkeiten, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Allen, die sich nicht beteiligen, Desinteresse zu unterstellen, ist deshalb mehr als ungerecht.

PLAKAT FÜR PUNKTABFRAGE ODER STRICHLISTE









